

1 **Antrag zur 10. MIT-Bundesdelegiertenversammlung 2011**
2 **Antragsteller: MIT-Bundesvorstand**
3 **Verfasser: Kommission Arbeitsmarktpolitik**
4 **Kommissionsvorstand: Rainer Kiank und Dr. Carsten Linnemann MdB**

5
6
7 **Arbeitsmarkt modernisieren – Anreize zur Arbeitsaufnahme stärken**
8

9
10 Die Zahl der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger hat sich seit Einführung des SGB-II um
11 lediglich rd. 600.000 reduziert (2006: 5,3 Mio. erwerbsfähige Arbeitslose; 2011: 4,7 Mio.).
12 Zudem hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) kürzlich konstatiert,
13 dass 45% der Arbeitslosen seit Jahren in Arbeitslosigkeit verharren bzw. 40% derer, die in
14 den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden, spätestens nach einem Jahr erneut auf
15 Transferleistungen angewiesen sind. Diese Zahlen belegen, dass es nach wie vor nicht
16 gelingt, mit dem Prinzip „Fördern und Fordern“ alle Arbeitslosen zu erreichen und ihnen
17 eine Perspektive aufzuzeigen.

18
19 **Forderungen der MIT zur aktuellen Arbeitsmarktpolitik**
20

- 21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
1. Die MIT ist der Ansicht, dass die Instrumente des „Forderns“ zwar gesetzlich vorhanden sind, aber offenkundig in der Praxis kaum funktionieren. Internationale Vergleiche belegen, dass man gerade dann in der Arbeitsmarktpolitik Erfolg hat, wenn man Arbeitslosen bei Eintritt ins Grundsicherungssystem umgehend ein verbindliches Sofortangebot unterbreitet – sei es in Form von gemeinnütziger Beschäftigung oder in Form von Werkakademien nach hessischem Vorbild. Grundsätzlich muss natürlich gelten, dass die Vermittlung in den privatwirtschaftlichen Bereich immer Vorrang haben muss.
 2. Ferner ist der Anreiz für die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung spürbar auszubauen. Ziel muss es sein, den Hebel der heutigen Privilegierung „kleiner Hinzuverdienste“ so umzudrehen, dass Beschäftigung in geringem Umfang unattraktiv und Beschäftigung in hohem Umfang attraktiver ist. Dazu sollen die ersten 200 Euro auf Hartz IV angerechnet werden. Ab 200 Euro sollen dann großzügigere Freibetrags-Regelungen als bislang gelten. So werden Leistungsempfänger motiviert, mehr zu arbeiten, und langsam in die finanzielle Selbständigkeit geführt.